

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2,80 M., bei Zustellung unter Schriftband 4,20 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postwertzeichen für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate sollen die achtspaltige Nonpareilzeile ober dem Raum L20 sein, Wort anzeigen das festgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Leerungsdruck 50 Pf., Familien- und Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Intraat für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9788

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Aufnahme der Ententeantwort.

Französische Pressestimmen.

Während die nationalistische Presse es bedauert, daß die Äußersten Zustände in Deutschland gemacht haben, meint Sembat im „Herce“, durch die Änderungen sei der ursprüngliche Entwurf des Vertrags ernsthaft verbessert und man müsse hoffen, daß Deutschland unterzeichnen werde. „Populaire“ schreibt, daß alle Anschuldigungen, die man gegen den ursprünglichen Entwurf erheben konnte, auch man gegen den abgeänderten Entwurf aufrechterhalten werden müßten. Statt eines Versöhnungsfriedens habe man einen Frieden der Strafe und Rache ausgearbeitet, der neuen blutigen Kämpfen die Tür öffne. Die Widerungen, die man vorgenommen habe, seien zu gering, um den Charakter des Vertrages zu ändern. Nichts ändere man den Geist des Vertrages von Anfang bis zu Ende ändern müssen. Weder die Anträge, noch die Pflicht der sozialistischen Partei hätten sich geändert.

Clemenceau entschuldigt sich.

Die Schuldigen ihres Amtes entbunden.

Paris, 17. Juni. (Reuter.)

Clemenceau übersandte dem Präsidenten der deutschen Delegation einen Brief, in dem er sein Bedauern über die ordnungswidrigen Zwischenfälle bei der Abreise der deutschen Delegierten ausdrückt und mittelst, daß der Präfeld des Deputierten seine et-Cise den Auftrag erhalten hat, Herrn parlements seine et-Cise den Auftrag erhalten hat, und daß der von Haniel um Entschuldigung zu bitten, und daß der Präfeld und auch der Polizeikommissar ihres Amtes entbunden werden.

Die Verteilung der Beute.

Um die deutschen Kolonien.

Amsterdam, 18. Juni.

„Telegraaf“ meldet aus Brüssel, England werde seine Zustimmung dazu erteilen, daß Belgien das Mandat über den Teil Deutschafrikas erhält, der an den belgischen Kongo grenzt. Dieser Teil werde jedoch nicht das ganze Gebiet umfassen, das von den belgischen Truppen besetzt ist. Belgien werde den Teil, der nicht an den Tanganjika grenzt, an England abtreten, wodurch der Wunsch Englands nach einer Bahnverbindung zwischen Kap und einer Verbindung zwischen Rhodessa und Kairo erfüllt werden würde. England werde Belgien für den Transitverkehr durch Deutschafrika und Deutschafrika besondere Erleichterungen gewähren, damit so die Ökonomie der belgischen Kolonie eine gute Verbindung mit dem Indischen Ozean erhält.

Kriegsvorbereitungen im Osten.

Winnig ruft zum Kampf mit den Waffen auf.

Herr August Winnig, Gewerkschaftsbeamter und Reichskommissar für Ostpreußen, ruft zum Kampf mit den Waffen auf. Er erklärt in der Presse einen Aufruf, in dem es heißt: „Die Bevölkerung des Ostens soll wissen, daß sie sich auf die Regierung verlassen kann. Die jetzige Regierung wird einen Frieden, der den Osten preisgibt, niemals annehmen und unterzeichnen. Die Regierung ist entschlossen, einen polnischen Einmarsch in die polnischen Gebiete des Ostens mit den Waffen in der Hand abzuwehren, ganz gleich, ob dieser Einmarsch noch vor dem Abbruch der Friedensverhandlungen gesagt werden sollte, was nach einigen Friedensverhandlungen nicht unmöglich erscheint, oder falls an der Demarkationslinie nicht unmöglich erscheint, oder falls er erfolgen sollte, nachdem die Verhandlungen durch die Weigerung der Reichsregierung, diesen Frieden zu unterzeichnen, zum Abbruch gekommen sind. In jedem dieser Fälle ist die Regierung bereit, den polnischen Besitzergreifung dieser Gebiete mit den Waffen in der Hand entgegenzutreten. Sie setzt dabei voraus, daß die überwältigende Mehrheit des Volks zu den Versicherungen steht, die in so vielen erhabenen Kundgebungen zum Ausdruck gekommen sind. Gestützt auf diesen Willen der Bevölkerung, wird die Regierung das Höchste daran setzen, um das Deutschtum des Ostens vor der Polonisierung

infolge ihrer Ablehnung des Gewaltfriedens durch eine anderwollende Minderheit geführt und durch Leute ersetzt würde, die zur Unterzeichnung des Gewaltfriedens bereit wären, werden wir uns im Osten einer solchen Entscheidung nicht beugen. Die Bevölkerung des Ostens muß allerdings bereit sein, die Folgen einer solchen festen Haltung auf sich zu nehmen. Der Kampf um unsere Behauptung im Osten wird schwer sein; aber er ist nicht aussichtslos, wenn die Bevölkerung nationale Disziplin hält und opferwillig das Letzte einsetzt. Wir werden die Waffen zum Widerstand ergreifen in dem Bewußtsein, so zu handeln, wie wir es unserem Volk und seiner Zukunft schuldig sind. Sollte es uns nicht möglich sein, durch unsern Widerstand das Reich zu retten, so retten wir doch die Provinzen, und verlasst uns das Schicksal selbst dies, so retten wir das Letzte und Höchste, das ein Volk zu verteidigen hat: die deutsche Ehre.“

Herr Winnig hätte besser getan, schon in den vergangenen fünf Kriegsjahren die deutsche Ehre zu verteidigen. Aber er und seine Gefinnungsgenossen haben die verbrecherische Kriegspolitik der deutschen Regierung gestützt, dieselbe Politik, die den deutschen Namen in der ganzen Welt der Verachtung preisgegeben hat. Glauben sie, daß sie die deutsche Ehre dadurch retten können, daß sie den Militärs Gelegenheit geben, den Krieg aufs neue zu entfesseln?

Der Aufruf Winnigs steht aber auch in schneidendem Widerspruch zu einer früheren Behauptung der Regierung, wonach sie nicht daran denke, mit den Waffen in der Hand sich den Forderungen der Entente zu widersetzen.

Als wir am 14. Mai der Öffentlichkeit davon Kenntnis gaben, daß nach einer Mitteilung in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung der Generalstabchef einen Plan „zur Erhebung des deutschen Volkes“ ausarbeite, da wurde von der Regierung ein Dementi verbreitet, worin es erst von Schimpfereien wie „bewußte Börsartigkeit“, „offenfundigen Unsinns“, „aberwichtige Nachricht“, „Wahnsinn“ wimmelte und zum Schluß hieß:

„Am solchen Antrieben ein für allemal den Boden zu entziehen, sei darum ausdrücklich festgestellt, daß keine verantwortliche Stelle in Deutschland, ja überhaupt kein Mensch mit gesunden Sinnen daran denkt, noch daran denken kann, aus dem neuen Kampf mit den Waffen aufzurufen, und daß auch der Generalstabchef, der übrigens nicht in Berlin, sondern in Kolberg seinen Sitz hat, an nichts weniger denkt, als an die Ausarbeitung eines Planes zur bewaffneten Erhebung des deutschen Volkes.“

Wir stellen nunmehr vor dem deutschen Volke und der ganzen Welt fest: Die deutsche Regierung hat gelogen, als sie vor Monatsfrist bestritten ließ, daß eine Absicht zur Wiederaufnahme des Kampfes nicht bestände. Die deutsche Regierung tut heute das, was sie noch vor einem Monat angeblich von keinem Menschen „mit gesunden Sinnen“ erwartete.

Es ist, um mit ihren eigenen Vokabeln zu sprechen, eine sinnlose, eine wahnsinnige Politik, die die deutsche Regierung mit ihren Kriegsvorbereitungen im Osten treibt.

Nationalistische Ausschreitungen in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 17. Juni.

Die das Polizeipräsidium berichtet, wurde gestern abend ein französischer Offizier durch einen elsfässischen Mörderling belästigt. Eine Wacheabteilung erschien, um den Offizier zu schützen. Die Menge nahm Stellung gegen sie, zog dann nach dem Carlton-Hotel, wo die französischen Offiziere wohnten, und sang vaterländische Lieder. Als sich die Menge anschaute, in das Hotel einzudringen, erschien Polizei, auf die Schüsse abgegeben wurden. Hierbei wurden zwei Zivilisten verwundet. Die Polizei gab Schüsse in die Luft ab. Um 1 Uhr nachts war die Ruhe wieder hergestellt.

Das Schicksal der Türkei.

Paris, 17. Juni (Reuter.)

Der Oberste Rat empfing die türkischen Delegierten. Der Großwesir gab eine Erklärung ab, in der er die Schuld der Teilnahme der Türkei am Kriege dem Komitee „Einheit und Fortschritt“ zuschob, das gegen die Wünsche des Volkes gehandelt habe. Er protestierte im Namen des Sultans gegen die Absetzung Emrhanos an Griechenland und forderte die Aufrechterhaltung der Unversehrtheit des Türkischen Reiches.

In höchster Not.

Unendlich Schweres hat die Menschheit während der fürchterlichen Kriegsjahre erlitten, unendlich Schweres fügen ihr diejenigen zu, die ihr jetzt einen Frieden auferlegen, der die Beziehungen zwischen den Völkern nicht auf die Grundlage des Rechts und der freien Selbstbestimmung stellt, sondern die Gewalt fortwirken läßt über den Krieg hinaus.

Das ist ein Unglück für alle Völker, wenn auch das deutsche Volk am unmittelbarsten und schmerzlichsten betroffen wird. Aber eben weil das Abscheuliche dieses Friedens alle Völker trifft, deswegen entsteht auch die Gewißheit der Heilung und des einzigen Mittels der Rettung: das gemeinsame solidarische Interesse des internationalen sozialistischen Proletariats an der Austilgung alles dessen, was an diesem Frieden gewaltsam und ungerecht ist.

Für das deutsche Volk aber bleibt in diesem Momente gar nichts anderes übrig, als das Unvermeidliche auf sich zu nehmen und sich dem eisernen Zwange der Not zu fügen.

Wir sagen dies in dem vollen Bewußtsein der schweren Verantwortung und wir wissen, daß, wenn unser Rat erfüllt wird, jene alten Verderber des deutschen Volkes, die Nationalisten, und alle die, die aus Feigheit oder Verneinung durch den nationalistischen Wind ihre schlaf gewordenen Segel wieder aufblähen lassen wollen, alle bösen Instinkte politischer Demagogie gegen uns entfesseln werden. Aber das hindert uns natürlich keinen Moment zu tun, was unsere Pflicht ist und dem Volke die Wahrheit zu sagen, die Wahrheit, daß es keinen anderen Ausweg gibt als den Frieden zu unterschreiben.

Wir wissen, daß unsere Politik den wirklichen Interessen des deutschen Volkes allein entspricht und daß nicht wir, sondern die, welche sich wieder in die Rege der Prestigepolitik verfangen, die die mit einer heroischen Geste um die Notwendigkeit der Entscheidung glauben herumkommen zu können, die, die aus Furcht vor der Verantwortung, die sie als politische Schieber von der eigenen Partei auf die anderen wälzen möchten, gegen die Interessen des deutschen Volkes handeln. Wie die Arbeiterklasse in diesen Zeiten der Not die einzige ist, die ohne Zaudern geschlossen für die nationale Einheit eintritt, so ist es die Arbeiterklasse, die heute in ihren großen Massen bereits in dem Lager der Unabhängigen Sozialdemokratie steht, die sich gegen die nationalistische und militaristische Abenteuer- und Katastrophepolitik wehrt und die Unterzeichnung des Friedens fordert.

Es scheint, daß die Einsicht in die unererbliche Notwendigkeit auch außerhalb der Kreise der Unabhängigen Sozialdemokratie rasch zunimmt. Die Stimmen, die während der Verhandlungen geklagene haben, beginnen jetzt endlich vernehmbar zu werden. Die „Frankfurter Zeitung“, eines der wenigen ernstesten politischen Blätter Deutschlands, erklärt, daß die Unterzeichnung des Friedens unvermeidbar ist.

Nachdem die rechtssozialistischen Schmierfinken in Reichsverbandsmanner die Unabhängige Sozialdemokratie als nationale Verräter zu bekämpfen versucht hatten, muß jetzt selbst Herr Stampfer zugeben, daß in den Kreisen der Nationalversammlung die „Unterzeichnung für den taktischen Ausweg gehalten“ wird.

Wir wollen hinzufügen, daß diese Ansicht auch in den Kreisen der Regierung vertreten wird und daß darüber hinaus alle die, die sich ein ernstes und nüchternes politisches Urteil bewahrt haben, die Nichtunterzeichnung für ein nicht wieder aufzumachendes Unglück halten.

Es mag sein, daß diese Regierung, die in der auswärtigen Politik von Anfang an alles Notwendige verläumt hat, nicht fähig ist, diese Politik der Vernunft durchzuführen. Es ist ihre eigene Schuld. Sie hat es unterlassen, die nationalistische Stimmung im deutschen Volke zu bekämpfen. Sie hat die innerpolitische Notwendigkeit nicht erfüllt. Die Frage der politischen Schuld an diesem Kriege rücksichtslos zu beantworten und hat der Entente überlassen, zu tun, was die eigene Pflicht der deutschen Regierung gewesen wäre, die Verantwortung festzustellen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Sie hat mit ihrer Schonung der alten Politiker und vor allem der Generalität die nationa-

Die Legende wieder erstarren lassen, daß nicht die verbrecherische Kriegspolitik und eine ebenso gewalttätige wie tollkühne Strategie die militärische Katastrophe verursacht haben, sondern die revolutionäre Agitation. Sie hat schließlich, als die Friedensbedingungen bekannt wurden, mit aller Macht die nationalstatische Agitation zu dem Zwecke einer oerfekten Bluffpolitik gefördert, statt offen und ehrlich dem deutschen Volke die ganze Schwere der Lage, in die es die Urheber des Krieges und seine Verlängerer gebracht haben, in all ihren Konsequenzen darzulegen. Sie hat schließlich sich selbst in die Hand der alten Offiziere gegeben und damit die Freiheit ihrer Politik eingebüßt.

Aber das deutsche Volk darf nicht wieder für die Schuld seiner Regierenden büßen. Kann die Regierung nicht das Vernünftige und Notwendige tun, muß sie eben gehen!

Die Unterzeichnung des Friedens aber ist das Notwendige. Selbst einem so entzogenen Vertreter des „Unannehmbar“ wie Herr Theodor Wolff beginnt es einzulichten, daß schließlich nichts anderes übrig bleiben würde. „An der letzten Grenze der Verantwortlichkeit“ wir natürlich unerlässlichen Zwänge uns beugen müssen, dem Übermaßes, über die Kraft gehendes Dürmst, nach sozialistischen, niemand dem Volke zu.“ Was hat es aber dann für einen Sinn, erst eine Katastrophe heranzubekommen, deren innen- und außenpolitische Konsequenzen niemand absehen kann, wenn das Reich nicht schließlich dasselbe bleibt. Und wenn Herr Wolff sich einbildet, daß die Gefahren, die dieser Friede in sich schließt, die Verpestung der künftigen Völkerverhältnisse und die Verheerung der nationalstatischen Denkart, Gefahren, die wir durchaus nicht leugnen, vermieden werden könnten durch die heroische Geste, in die er so verliert ist, dann ist das doch nur eine phantastische Vorstellung. Diese Gefahren können nicht durch noch so nachdrückliche Proteste beseitigt werden, denn sie entspringen dem Inhalt des Friedensvertrages, sondern nur durch die Aenderung dieses Vertrages. Und diese Aenderung wird erreicht werden, sobald nach Beendigung des Krieges die großen sozialen Auseinandersetzungen auch in den siegreichen Staaten mit vermehrter Kraft einleiten werden und aus ihnen die neue Macht hervorgeht, die allein der Welt den wirklichen Frieden bringen kann.

Deshalb muß die deutsche Arbeiterklasse jede andere Politik, als die, die sofortigen Frieden bringt, mit aller Entschiedenheit ablehnen. Und damit mögen die Regierenden sehr ernst rechnen. Wir halten die Politik, die sie im Auge haben, unter allen Umständen für verderblich, aber wir halten sie für eine blanke Unmöglichkeit in dem Momente, wo große und wichtige Teile des deutschen Volkes sie als katastrophal ablehnen. Die Regierenden mögen nicht dem Wahn verfallen, dem so leicht deutsche Politiker, wenn sie an der Macht sind, erliegen. Dem Wahn, zu glauben, daß, weil sie auf dem Papier dekretieren, sie damit die Entwicklung selbst meistern können. Sie würden damit einen Anfan sehen, dessen Ausgang nicht mehr von ihnen abhänge. Würden dabei nur die Regierenden und ihre Parteien ins Verderben gehen, dann könnte es ihnen überlassen bleiben, aber der Leidtragende wäre das deutsche Volk und die Zukunft Deutschlands. Und deshalb warnen wir vor dieser Politik und fordern die Unterzeichnung des Friedens!

Die Abschaffung der Todesstrafe abgelehnt.

Im Verfassungsausschuh der Nationalversammlung brachten Dienstag die rechtssozialistischen Abgeordneten Dr. Quarz und Ravenstein einen Antrag ein, daß der Verfassung folgender neuer Artikel eingefügt werde: Die Todesstrafe ist abgeschafft. Nachdem sich das Zentrum und die Vertreter überhaupt gegen die Abschaffung ausgesprochen, und die demokratischen Ausschuhmitglieder Gaußmann und Dr. Adloß er-

klart hatten, sie seien zwar für Abschaffung der Todesstrafe, zurzeit sei aber eine Entscheidung noch nicht möglich, wurde der Antrag abgelehnt.

Die Todesstrafe, dieses entsetzliche Mittel einer längst vergangenen barbarischen Epoche, bleibt also im „neuen“ Deutschland bestehen. Das fürchterliche Verbrechen des Krieges, die entsetzlichen Bluttatzen der letzten Wochen haben es nicht vermocht, das Gefühl für die Heiligkeit des Menschenlebens zu erwecken. Wir ersticken im Blut, auch das scheint denen, die jetzt die Macht haben, nur gerade recht so zu sein. Die widerlichste Brutalität liegt aber in den Erklärungen der Demokraten, sie seien zwar prinzipiell für die Abschaffung der Todesstrafe, doch nur nicht in diesem Augenblick! Deutlicher kann das Bestreben, die Todesstrafe als Mittel zu benutzen, um sich in der Macht zu erhalten, wohl nicht ausgedrückt werden.

Wie viele andere Anträge der Sozialdemokraten über grundsätzliche Fragen, so ist auch dieser von der geschlossenen Mehrheit der bürgerlichen Parteien zu Fall gebracht worden. So zeigt sich immer wieder von neuem, daß der rechtssozialistisch-bürgerliche Block stets einanderfällt, sobald es sich um die Erfüllung aller demokratischer und sozialistischer Forderungen handelt.

Verhandlungen des Untersuchungsausschusses.

Der Untersuchungsausschuh der Preussischen Landesversammlung in Sachen der Mordtaten im Januar nahm Montag ein Schreiben des Reichswehrministers zur Kenntnis, wonach dieser sich für eine feierliche Entschuldigung bei einer einmaligen Aussage vor dem Untersuchungsausschuh machen will. Rüdlich hat der Reichswehrminister dem Vorsitzenden des Ausschusses noch erklärt, er denke nicht daran, Eichhorn in Schutzhaft zu nehmen. Der Ausschuh hielt diese Erklärung für durchaus zu erziehend. Der Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie erklärte indessen, Eichhorn daraufhin noch nicht drängen zu können, daß er vor dem Untersuchungsausschuh erscheine. Infolgedessen beschloß der Ausschuh nochmals, eine von dem Vertreter der U. S. P. formulierte Erklärung dem Reichswehrminister vorzulegen, wonach Eichhorn weder auf seiner Reise nach Berlin, noch binnen 8 Tagen nach seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuh verhaftet werden wird. — Im übrigen setzte der Ausschuh das Zeugenerhör fort. Es wurden vernommen: Oberleutnant von Carnat über die Vorgänge in der Dragonerkaserne am 11. Januar, Stadtwandführer Staffer, Charlottenburg, über Handgelenksanordnungen der Putzfrauen am 6. Januar auf den unbewaffneten Demonstrationstag der Wehrheitssozialisten und der Vorsitzende des Zentralkomitees Max Cohen über die Einigungsverhandlungen während der Jannarunruhen und den verfrühten Sturm auf das Kriegsministerium am 6. Januar.

Die Zeugenernehmung wird in der nächsten Woche fortgesetzt. Der Vertreter der U. S. P. kündigte an, daß er umfangreichere Beweisangebote zu stellen hätte.

Der deutsche Pazifistentongreß.

Einen wahren Triumph für die Ideale der unabhängigen Sozialdemokratie, einen Triumph für das internationale Proletariat bildete der 8. Deutsche Pazifistentongreß, dessen Tagung am vergangenen Sonntag zu Ende geführt wurde. Hier wurde endgültig Abrechnung gehalten mit der jetzigen Regierung, der selbst ein bürgerlicher Redner auf dem Kongreß das Recht absprach, sich noch sozialistisch zu nennen, mit dieser Regierung, die, wie immer wieder in den Debatten hervorgehoben wurde, nach viereinhalb Jahren der entsetzlichen Verbrechen noch nicht von den Methoden der brutalen Gewalt ablassen kann, ja sie in viel schrecklicherem Umfang gegen die eigenen Volksgenossen anwendet.

Es war einer der Höhepunkte des Kongresses, als Genossin Kottischer-Stuttgart unter dem drausenden Beifall sämtlicher, in ihrer Mehrzahl doch den bürgerlichen Parteien angehörenden, Delegierten ausrief: Der Satz, daß Menschenleben sei uns heilig, ist in diesen letzten

Monaten allein von dem unabhängigen Proletariat hochgehalten worden und alle anderen Parteien haben ihn in den Staub gezogen; das Verden in Bayern, es begann erst mit dem Einzuge der weißen Garben.

Und von demselben Geiste waren alle Debatten auf dem ganzen Kongreß erfüllt. Schief geistelte es der Kongreß, daß heute noch Sozialisten es wagen könnten, die ganz offensichtliche Schuld Deutschlands am Weltkrieg zu leugnen. Nur ein offenes, sittliches Geständnis über die kaum auszudenkenden Grausamkeiten der deutschen Kriegsführung, die in den Debatten an erschütternden Beispielen gezeigt wurde, könne das Ansehen des deutschen Namens wieder aus dem Schmutz erheben, in den ihn unsere Helfer im Kriege gebracht haben. Ein anderer angenommener Antrag forderte sofortigen Bruch mit dem jetzigen System des Militarismus, wie ihn die Kolonialtruppen darstellten, er forderte weiter sofortige Aufhebung des Standrechts und Nichtvollstreckung der auf ihm beruhenden Urteile. Er forderte schließlich, daß kein Todesurteil, insbesondere keine gegen Toller ausgesprochen und vollstreckt werde.

Genosse Vogtbein, dessen Ausführungen großen Beifall hervorriefen, wurde schließlich in den Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft gewählt.

Teilweise Aufgabe der Zwangswirtschaft.

Im Verfassungsausschuh der Nationalversammlung erklärte bei Beratung eines Entwurfes einer neuen Reichsgetreideordnung Unterstaatssekretär von Braun, daß die Zwangswirtschaft beim Brotgetreide vorläufig noch aufrechterhalten werden soll. Dagegen soll bei mindereartigen Früchten in Zukunft die öffentliche Bewirtschaftung nur in ganz beschränktem Maße erfolgen. Die allgemeine Beschlagnahme des Hafers wird nicht mehr angestrebt. Es soll vielmehr auf dem Wege des Umlaufverkehrens ein Zentner auf den Morgen, eine Menge von etwa 900 000 Tonnen für die öffentliche Hand gesichert werden. Wer diese Zulage nicht erfüllt, soll mit dem doppelten Preis der abgelieferten Menge bestraft werden. Bei Erfassung der Hülsenfrüchte soll Ähnliches vorgesehen werden.

Wir betonen nach wie vor, daß wir jederlei Aufgabe der Zwangswirtschaft für verhängnisvoll für die Allgemeinheit halten. Die bisherigen Verluste in dieser Art, insbesondere bei Eiern und Obst, sollte doch nachgerade gezeigt haben, daß durch solche Maßnahmen die Preise auf eine geradezu unerträglich hohe getrieben werden können.

Ein Freiproß.

Stuttgart, 14. Jan. In dem Kusturprozeß gegen die Sozialisten Hörnie und acht Genossen, darunter den früheren württembergischen Kriegsminister Schreiner und den Dichter Max Barthel, wurden die Angeklagten freigesprochen.

Am 9. und 10. Januar 1919 demonstrierten in Stuttgart 16 000 Männer und Frauen für Arbeiterschutz und für die Fortführung der Revolution im sozialistischen Sinne. Die rechtssozialistische württembergische Regierung Bloß, Heymann, Windmann u. Co. lehnte scharf jede Verhandlung mit den Arbeitern ab, gab dem Leutnant Hahn diktatorische Gewalt und ließ in den neuen Stuttgarter Unruhesturm. Leutnant Hahn schickte aus dem Kaiserhofsturm weiße Garben, als gewöhnliche Soldaten gekleidete Offiziere und Studenten, in die Stadt. Diese „Sicherheitsgruppen“ der Regierung schossen auf wehrlose Menschen. Es gab Tote und Verwundete. Ruhe und Ordnung waren hergekehrt.

Als sich dann die Regierung wieder aus ihrem Versteck hervorkam, da ließ sie aus blauer Furcht vor ihrem Sturz eine Anzahl führender Genossen der Arbeiterdemonstrationen verhaften. Die Regierung war nicht dazu zu bewegen, die willkürlich Verhafteten freizugeben, und lieferte sie schließlich der bürgerlichen Justiz aus. Die Regierung, Leutnant Hahn und die Staatsanwaltschaft gaben sich fürchterliche Mühe, Beweismaterial gegen die eingekerkerten Genossen herbeizuschaffen. Nach

Herbst, dessen sich Paul Apel bedient, wie der Indianer die Stalpiierung und der menschliche Schimpanse, die den Erfolg des „Schwankes im Schwank“ ausmachen.

Man spürt den Schmerz und die Scham des Dichters, der sich vor dem Publikum aus Rot prostituiert, und die blutige Tragödie des Apfels wird dadurch für ihn nicht entbittert, daß es satirische Liebe hagelt gegen verbildete Junkauer, profitulieren Agenden und Direktoren, aufgeregte und selbstgefällige Theaterleute usw. Auch hört neben Schablonenbästern aus dem bürgerlichen Lustspiel manche Länge und Breite. Alfred Apel war der Schriftsteller mit werblich geschäftlicher Richtigkeit, Raffäelle Brandt die lebenswerte Gattin, Werner Holmann der verkümmerte Schulfleischer und Schwiagerpapa, Grete Dierck der verleihte Dattisch, Ernst Pröckl ein im jugendlichen Gesellschaftswall überzeugender Primaner; die übrigen Typen aus der Welt des Scheins und des Theatergeschäfts (Herten Derrburg, Schängel, Edert, Leopold und Schäfer) stehen es unter der sachkundigen Regie Rudolf Vernauers an Leben zwischen den Kulissen nicht mangeln. E. B.

Streik im Deutschen Opernhaus.

Sämtliche Angestellte des Deutschen Opernhauses in Charlottenburg — Solisten, Chor, Orchester, Bureau- und technisches Personal, insgesamt 600 Personen — sind am letzten Sonnabend in den Streik getreten. Der Grund liegt in dem Verhalten des Verwaltungsdirektors Otto Neumann-Doser, der durch seine kühne Abschneidung jedes sozialen Fortschritts und durch seinen ununterbrochenen Kampf gegen die wirtschaftliche Besserstellung der Angestellten wachsende Empörung wachgerufen hat. Insbesondere hat er sich im Gegensatz zu allen anderen Bühnen geweigert, den Anteilnehmern nachträglich auch nur einen Pfennig Entschädigung zu zahlen, obwohl auch Direktor Hartmann wiederholt die Berechtigung dieser Ansprüche zugestanden hat. Die Angestellten verlangen neben den wirtschaftlichen Forderungen, daß der Verwaltungsdirektor wegen der gegen ihn erhobenen Forderung zur Rechenschaft gezogen wird. Die Direktion würde die wirtschaftlichen Forderungen der Angestellten erfüllen, will aber den Verwaltungsdirektor Neumann-Doser trotz der gegen seine Person vorliegenden mannigfachen Bedenken nicht fallen lassen. Darauf haben die Angestellten erklärt, daß sie lieber hungrig als mit dem Verwaltungsdirektor weiterarbeiten wollen. Die letzten Vorstellungen des Deutschen Opernhauses müssen daher ausfallen.

Entteltung.

Von Max Barthel.)

Des Schweigens schwere Last ist nun zerbrochen,
Da wir vor unsre Richter treten,
Wir sind wie feurige Propheten,
Aus deren Gott zum Volk gesprochen.

Der Knecht nur kommt im Staub gekrochen:
Der Sturm zerstampft den Singemehten,
Und hat trotz winselnden Gebeten
Sein großes Schuldig! ausgesprochen.

Uns aber, die vor Lust erbeben,
Er wild in seine Fänge reißen,
Doch wir wie junge Adler schweben.

In Klarheit triumphiert der Geist,
Und hört mit unbesiegbarem Lachen
Die falschen Donner des Gerichtes krachen!

*) Der Arbeiterdichter Max Barthel wurde bekanntlich im Stuttgarter Aufrührprozeß dieser Tage mit sämtlichen Mitangeklagten nach langer Untersuchungshaft (aus der wir einige seiner Gedichte veröffentlicht) freigesprochen. Diese Verse sind am Tage vor dem Urteilspruch geschrieben und noch aus dem Gefängnis an uns abgefanot worden.

Vollstühne.

Der Schwarzkünstler.

Mit Emil Götts Lustspiel „Der Schwarzkünstler“ hat die Volksbühne sich zum Abschluß der Saison noch einen sehr hübschen Erfolg erspielt. Das ist nicht nur dem erst zehn Jahre nach seinem Tode noch Gehört geschätzten Verfasser dieses mehrfach umgearbeiteten Stücks zu danken, sondern auch der munteren und gutgelauten Darstellung, die es in der Volksbühne fand. Sellen war dort alles in so gutem Einklang. Die Komödie der von der Eiferfucht des grimmigen Gatten geplagten jungen Frau kracht durch ihr spanisch-französisches Ritterwams und Bersagewandt den edelsten Humor. Bei aller Rindelei ist dieses heitere, lebenswürdige Jugendwerk des um die besten Dinge ringenden selbstdeutschen Dichters voll unvergundeter Herzgenauigkeit und sieht darum weit über dem leichtem Geklappel der

Verlustspiele etwa von Judas und Koppel-Geseld. Der fahrende Schüler, der mit ledem Frohsinn nach allen lederten Gaden greift und als „Schwarzkünstler“ in allem Firtelgang die schwergeprüfte Jumeigung und Treue der Gattin in lebendes Vertrauen wandelt, ist mit der ersten Wendung psychologisch zwar keine ganz einseitige Figur, aber stets von gutem Geist des Dichters besetzt. Wird sie noch dazu von einem Darsteller getragen, der wie Erhard Siedel Jugend und Anmut, Herz und Verstand dafür einsetzt, so ist das künstlerische Spiel gewonnen. Diesem jungen Schauspielers, dessen Talent bisher schon in kleinen Rollen auffiel, galt mit Recht der Dauwbeifall. Aber auch an der ganzen Vorstellung, die unter der Regie Paul Leybonds flott von statten ging, konnte das Publikum seine Freude haben, namentlich an Eugen Eisenlohrs raubheilig-polterndem Chemann, Julius Sachs' ischaischem Kapitän, Harry Verbers jungerlich blödem Balan, Ida Lieblichs ängstlicher Jose und nicht zuletzt an Johanna Zimmermanns etwas schwerblütiger und doch nach Abenteuerlust kühner Frau. E. B.

Der Hünpl'ng.

Theater in der Königgräber Straße.

In seinen früheren dramatischen Arbeiten, „Sonnenhöfers Hellenfahrt“, „Liebe“ und anderen, hatte Paul Apel sich ernsthaft um das Dichtersche bemüht. In seinem Kampf gegen das Phktisierium der Lanten und Verwandten lag freilich bei allem Spott doch eine gewisse Unfreiheit und Befangenheit in Kleinbürgerlichen Reibereien. In seinem Satirspiel „Der Hünpl'ng“, das im Theater in der Königgräberstr. jetzt einen lauten Erfolg hatte, macht er sich über den Idiotismus des Theaterpublikums lustig, das bei dem höchsten Schwankunsinn wiederher laßt und dem Direktor die Rassen füllt, jedoch den Dichter eines innerlich echten Wortes verhungern läßt und ihn auf die abseigende Ebene drängt.

Das ist gewiß ein kestrauniges, den Theaterpöbel der Vaugeois beschämendes Thema, aber Paul Apel behandelt es mit doppelter List. Er verurteilt und verhöhnt das Publikum mit so knallig ausgeprägter Deutlichkeit, daß es sich selbst gar nicht mehr getroffen fühlt und sich geschmeichelt für kläger hält — und dann paßt er es wieder unbemerkt an seinen eigenen Schwächen, indem er die ältesten Lustspielfiguren, Schwankhengen und Gemütsklobdrigkeiten vorseht, mit denen es sich behaglich einleiten läßt. Der dritte Akt, der den besetzten Bild hinter die Kulissen während einer Uraufführung tun läßt, ist ebenso ein

